

## Politische Folgen der Arbeitslosigkeit

### Thesen — diskutiert am Beispiel der Wirtschaftskrise nach 1929 in Deutschland

I. Daß ein Zusammenhang existiert zwischen sozialökonomischen Krisenerscheinungen und politischen Verhaltensformen, ist in der Literatur gänzlich unbestritten. In der Tat ist dieser Zusammenhang mindestens an der Oberfläche schon auf den ersten Blick erkennbar. Im Verlaufe der Wirtschaftskrise stieg die Arbeitslosigkeit von 9,7 % (1928) auf 44,4 % (1932) an — den Anstieg der Kurzarbeit von 5,7 % nicht eingerechnet. Zugleich erfahren Wählerverhalten und Struktur des Parteiwesens grundlegende Veränderungen: Die Parteien der Mitte und der traditionellen Rechten (DDP, DVP, Mittelstandspartei, DNVP usw.) verlieren den größten Teil ihrer Wähler und sinken z.T. bis zur Bedeutungslosigkeit ab (DDP, DVP und Mittelstandspartei verfügen bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 noch über 1,0 bzw. 1,2 und 0,4 % — gegenüber 4,9 bzw. 8,7 und 4,5 % 1928). Durch die Gewinnung dieses Potentials und die Mobilisierung bisheriger Nichtwähler (die Wahlbeteiligung stieg in diesem Zeitraum von 75,6 auf 84,0 %) kann die faschistische NSDAP von einer Splittergruppe zur Massenpartei emporsteigen (1928: 2,6 %; Juli 1932: 37,4 %) und schließlich die politische Macht in Deutschland erhalten. Auf der anderen Seite kann die KPD im Verlaufe der Krise ihren Anteil von 10,6 % (1928) bis auf 16,9 % (November 1932) steigern — größtenteils auf Kosten der SPD, die in der gleichen Periode von 29,8 auf 20,4 % zurückfällt.

II. Mit der Aufzählung dieser Daten und der Aussage, daß zwischen ökonomischer Krise und politischem Verhalten der Massen offensichtlich ein Zusammenhang besteht, ist dieser Zusammenhang natürlich weder in seinem Charakter definiert, noch in seinen Ursachen erklärt. In diesem Punkt differenzieren sich denn auch die verschiedenen Interpretationsrichtungen. Die Daten werden zwar nicht als solche, wohl aber in Hinsicht auf ihre Ursachen und ihre Bedeutung fragwürdig. Offensichtlich ist jedenfalls, daß nicht nur die von der Arbeitslosigkeit direkt betroffenen Arbeiter und Angestellten ihr politisches Verhalten geändert haben, sondern auch viele der potentiell von ihr bedrohten — und das waren im Grunde alle Lohnabhängigen. Indirekt waren aber auch die kleinen Selbständigen in Handel, Handwerk und Landwirtschaft betroffen, weil die Kaufkraft der Massen nun sank und weil die verschärfte Konkurrenz viele Angehörigen dieser Schichten nun beschleunigt in den Bankrott trieb und proletarisierte — wobei sie angesichts der Massenarbeitslosigkeit nun auch keine Chance mehr hatten, wenigstens als Lohnabhängige ihre soziale Existenz zu sichern; sie verteidigten deshalb umso vehementer ihre Stellung als kleine Eigentümer. Mittelbare Auswirkungen hatte die Massenarbeitslosigkeit natürlich auch auf das politische Verhalten der herrschenden Klasse, der großen

Industrie- und Bankkonzerne und der Führungsgruppen in Militär und Statsbürokratie, weil die veränderte politische Gesamtlage und die in Bewegung geratenen Massen neue Strategien erforderten, um die eigene Machtposition und die eigenen Interessen sichern zu können. Diese indirekten Wirkungen der Arbeitslosigkeit können in den folgenden Thesen jedoch nur am Rande erwähnt werden, weil sonst eine komplette Faschismustheorie entwickelt werden müßte. Die Thesen konzentrieren sich auf die direkten Wirkungen bei den akut und potentiell Betroffenen, bei den Lohnabhängigen.

III. Die seit langer Zeit in der Geschichts- und Sozialwissenschaft wie auch in der politischen Publizistik der BRD dominierende Interpretation läßt sich etwa wie folgt zusammenfassen: Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit und Verelendung, die nach 1929 über Deutschland hereinbrachen, bewirkten, daß der Einfluß von Vernunft und Mäßigung auf das Verhalten der Menschen rasch nachließ, daß Emotionen und Irrationalismus an Boden gewannen. In diesem Klima konnten dann politische Demagogen und Heilslehren die Massen radikalisieren, konnte der Radikalismus von Links und Rechts Massenanhang gewinnen und schließlich die Demokratie zerstören. Statt in dieser schweren Zeit den gemäßigten Parteien und den Parlamentarismus die Treue zu halten, ließen die Massen ihren Instinkten freien Lauf und sind somit in hohem Grade verantwortlich für die Errichtung der Diktatur 1933.

IV. Diese Interpretation ist in ziemlich jeder Hinsicht problematisch. Es beginnt damit, daß die Wirtschaftskrise als Naturereignis erscheint, daß kaum weiter hinterfragt, allenfalls durch einige oberflächliche Daten illustriert, nicht aber aus den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ökonomie abgeleitet wird. Damit trägt diese Interpretation zur Verbreitung genau jenes irrationalen Weltbildes bei, das sie den Massen ankreidet: die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft erscheint als unerklärlich und unbegreiflich. Die von den Massen geforderte „Vernunft“ liegt darin, daß diese sich damit abfinden und darauf vertrauen sollen, daß die Weisheit der Regierenden oder einfach der Gang der Dinge selbst schon eines Tages wieder zum Besseren führen werden — so wie auf den Regen bekanntlich die Sonne, auf den Winter der Frühling und auf die mageren Jahre die fetten folgen. (Es ist kein Zufall, daß bei der Beschreibung von Wirtschaftsprozessen die Begriffswelt aus Meteorologie und Naturkunde dominiert: das konjunkturelle Hoch oder Tief, der Silberstreifen am Horizont usw.) So zielt diese Interpretation — ob sie will oder nicht — objektiv auf politische Entmündigung der Massen. Eine wirkliche Analyse hätte also anzusetzen bei den Mechanismen kapitalistischer Ökonomie und von dort aus zu den sozialen und psychischen Folgen der Krise für die Massen vorzudringen.

V. Es ist keineswegs irrational, angesichts von Massenarbeitslosigkeit und materieller und psychischer Verelendung nach Möglichkeiten der Veränderung, nach Auswegen und das heißt: nach politischen und gesellschaftlichen Alternativen zu suchen. Eher ließe sich jene Haltung als „unvernünftig“, nämlich starr und lernunfähig kennzeichnen, die die herrschende Interpretation von den Massen verlangt: das unbedingte Festhalten an jenen „gemäßigten“ Parteien, die ihre Unfähigkeit, mit Arbeitslosigkeit und Elend fertigzuwerden, im Laufe der Krise immer deutlicher demonstrieren; und das unbedingte Festhalten an einem gesellschaftlichen und politischen System, das die Krise hervorgebracht hat und zu seiner Überwindung offensichtlich nicht in der Lage war. Irrational war nicht der Wunsch der

Massen nach Veränderung, sondern irrational waren die gesellschaftlichen Verhältnisse, gegen die sie sich empörten: Gewaltige Kapazitäten an Maschinen und Produktionsanlagen wurden brachgelegt, obgleich die Güter, die sie hätten produzieren können, von den Menschen dringend gebraucht wurden; Millionen von Arbeitskräften durften nicht arbeiten, durften die vorhandenen Produktionsanlagen nicht benutzen, obwohl sie arbeiten wollten; also: Millionen von Menschen wurden in Elend und Verzweiflung getrieben, weil eine kleine Minderheit über die Produktionsmittel als Privateigentum verfügte und diese nicht zur Verfügung stellte. Gegen solchen Irrationalismus aufzubegehren, darf wohl vernünftig und menschlich genannt werden. Der zweite Schritt einer wirklichen Analyse hätte also darin zu bestehen, den Charakter dieser „gemäßigten“ Parteien aufzuzeigen, denen die Massen bisher vertraut hatten, und auch zu zeigen, warum sie unfähig waren, gegen diesen himmelschreienden Skandal der Massenarbeitslosigkeit real etwas zu unternehmen; und aufzuzeigen, welchen Charakter das politische System hatte, das diesen Skandal zuließ und aufrechterhielt und mit wachsendem Propagandaaufwand und demagogischen Scheinerklärungen gegen ein wirkliches Begreifen abschirmte.

VI. Nicht Irrationalismus also trieb die Massen weg von den „gemäßigten“ Parteien, sondern die verständliche und vernünftige Suche nach Alternativen, nach Herstellung menschenwürdiger Verhältnisse. Verständlich ist auch, daß diese Suche mit wachsender Verelendung immer heftigere Formen annahm, daß der Drang, die Verhältnisse durch eigene Aktivität zu verändern, anwuchs und daß auch solche Schichten in diesen Politisierungsprozeß gerissen wurden, die bisher Politik für eine Sache gehalten hatten, die sie nichts anging, sondern nur die Regierenden betraf. Dies ist umso verständlicher, als es sich bei Massenarbeitslosigkeit nicht einfach um eine Erscheinung abstrakter Irrationalität handelt, wie z.B. beim Abdruck eines Horoskops in einer Illustrierten, den man ignorieren, belächeln oder auch argumentativ bekämpfen kann — je nach Mentalität. Hier ging es dagegen um eine Form des Irrationalismus, die die Massen in ihrer konkreten Existenz, in ihren elementarsten Bedürfnissen und Menschenrechten, in ihrem menschlichen Wesen verletzte. Nicht nur konnten elementare Bedürfnisse wie Essen, Trinken, Wohnen, sich kleiden, nicht mehr zureichend befriedigt werden (obwohl die materiellen Voraussetzungen — die Werkzeuge, die Rohstoffe und die Arbeitskräfte — vorhanden waren); nicht nur traf diese materielle Verelendung Männer wie Frauen, Kinder wie Greise; ebenso schwer wog die psychische Verelendung, das Bewußtsein von Millionen von Menschen, nicht mehr gebraucht zu werden, überflüssig zu sein, auf den Schrotthaufen zu gehören, die Zerstörung ihrer Selbstachtung, ihrer Identität. Da es sich bei Arbeit nicht nur um ein Mittel zur Sicherung der materiellen Existenz, sondern um eine geschichts- und persönlichkeitsbildende Kraft, um jene Tätigkeit handelt, in der der Mensch seine Wesenskräfte entfaltet und vergegenständlicht (wenngleich diese Potenz unter kapitalistischen Bedingungen nur eingeschränkt zur Geltung kommen kann), so bedeutet Arbeitslosigkeit in der Tat eine Verletzung des menschlichen Wesens. Das Recht auf Arbeit ist also ein Menschenrecht — wie es jetzt auch die Gewerkschaften, belehrt durch die Erfahrungen einer neuen tiefen Krise des Kapitalismus, zu definieren beginnen. Es ist in einem viel tieferen Sinne ein Menschenrecht als etwa das Recht auf Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses oder der Wohnung. Es ist — geht man von dem aus, was das Wesen des Menschen ausmacht — neben dem Recht auf Leben und auf körperlicher Unversehrtheit das Menschenrecht schlechthin. Im dritten Schritt einer wirklichen Analyse wäre also

darzulegen, was Arbeitslosigkeit für die betroffenen und bedrohten Menschen materiell und psychisch bedeutete, was sich in ihnen an psychischen Prozessen vollzog und welche Folgen dies hatte für ihr politisches Verhalten. Untersuchungen über diese Fragen liegen bisher kaum vor und beruhen, sofern sie in Ansätzen vorliegen, methodisch auf unzureichenden Grundlagen.

VII. Das politische Verhalten, das sich aus den Erfahrungen der Krise und der Arbeitslosigkeit entwickelte, kann zwar generell als gesteigerte Aktivität und erhöhter Drang nach Veränderung beschrieben werden, war aber ganz unterschiedlich, was die Richtung der erstrebten Veränderung betrifft. In dieser Frage polarisierte sich das Verhalten — was seinen Ausdruck fand im Niedergang der Parteien der Mitte und dem Aufstieg der NSDAP auf der einen und der KPD auf der anderen Seite. Der Rahmen der Verhaltensänderungen, die realen Möglichkeiten politischer Orientierungen waren weitgehend davon bestimmt, welche Alternative zum Bestehenden den Massen von den vorhandenen politischen Kräften präsentiert wurden — wobei diese Kräfte und die von ihnen artikulierten Alternativen zugleich als — teils spontaner, teils gelenkter und manipulierter — Ausdruck vorhandener Stimmungen und Wünsche in den Massen, aber auch der bestehenden politischen und ideologischen Traditionen in Deutschland, also des Handelns vorangegangener Generationen, verstanden werden müssen. In dem Stärkeverhältnis, in dem die Hauptalternativen präsentiert wurden, z.B. im materiellen Aufwand für politische Propaganda, drückte sich zugleich das allgemeine gesellschaftliche Kräfteverhältnis aus. Dies bedeutete für die rechtsgerichtete Alternative natürlich ein beachtliches Übergewicht, keineswegs jedoch eine Erfolgsgarantie. Ebenso wichtig für das reale Verhalten der Massen war, wie sie diese Alternativen aufnahmen und aktiv mitgestalteten. Zu untersuchen ist also, wie die Bewußtseinsformen der Massen in jener Periode beschaffen waren, von welchen Einflüssen sie geprägt waren und welche Fähigkeiten zur praktischen und theoretischen Bewältigung der Realität die Massen entwickelt hatten, oder genauer gesagt: hätten entwickeln können.

VIII. Diese Bewußtseinsformen wären einmal unter dem Aspekt zu untersuchen, wie sich in ihnen die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse, die Eigentumsverfassung, die politische Herrschaftsstruktur widerspiegeln; dann aber die je nach sozialen Klassen, Schichten und Gruppen unterschiedlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse, Alltagserfahrungen usw. Zweitens wären die bewußten und gezielten Einwirkungen der herrschenden Klasse mit Hilfe des politischen und ideologischen Herrschaftsapparats zu untersuchen. Auch diese Einwirkungen haben längerfristigen, kontinuierlichen Charakter. Die nach 1929 konstatierbaren Bewußtseinsformen dürfen also nicht kurzschlüssig nur aus den gesellschaftlichen Verhältnissen und ideologischen Einwirkungen jener Jahre abgeleitet werden, sondern müssen zugleich als Resultat des politischen Handelns früherer Generationen, vergegenständlicht in gesellschaftlichen Verhältnissen und politisch-ideologischen Traditionen, verstanden werden. Hier waren nun durch den Kapitalismus im allgemeinen und den speziellen Charakter des deutschen Imperialismus (der aus historischen Gründen besonders aggressiv und autoritär war) bereits vielerlei Ansätze geschaffen, die den Drang der Massen nach Veränderung und sozialer Sicherheit in irrationale, den Lebensinteressen der Massen entgegengesetzte Bahnen zu lenken geeignet waren. In der Tat waren alle wesentlichen Elemente der faschistischen Ideologie — Rassismus wie Antisemitismus, Imperialismus wie Militarismus, Nationalismus wie Antikommunismus — schon in der Gesellschaft des Kaiserreichs entwickelt und den Massen

eingehämmert worden — wenn auch mit weniger wirksamen Mitteln und mit geringerem Effekt. Daran konnte die NSDAP nun anknüpfen; dies umso mehr, als der ideologische Apparat der herrschenden Klasse nun verstärkt in die gleiche Richtung wirkte, um zu verhindern, daß die Massen die Alternative zum Bestehenden womöglich auf der Linken suchten, und schließlich auch ein direktes Bündnis mit den Führern der NSDAP schloß. So wurde den Massen mit beträchtlichem Erfolg suggeriert, der einzige Ausweg aus der Krise sei die Vernichtung der Demokratie und „des Marxismus“ (womit die gesamte Arbeiterbewegung gemeint war), die Errichtung eines „starken“, autoritären Staates und die Erringung einer Führungsposition in Europa für das Deutsche Reich. (Es ist nicht schwer zu erkennen, daß in der gegenwärtigen Krise in der BRD in wachsendem Maße wieder ähnliche „Auswege“ präsentiert werden.) Irrational war also nicht der Drang der Massen nach Veränderung, sondern das, was gesellschaftliche Verhältnisse und bewußte ideologische Einwirkung der herrschenden Klasse daraus gemacht haben, um eine rationale, nämlich sozialistische Lösung der Krise zu verhindern: die Überführung der Produktionsmittel, die ja vorhanden waren, in gesellschaftliches Eigentum, damit sie von den Produzenten, die ebenfalls vorhanden waren, auch wirklich genutzt werden konnten. So gewannen irrationale Ideologien die Oberhand, deren Effekt im Interesse der herrschenden Klasse freilich wieder ziemlich rational war, indem diese Ideologien zur Stabilisierung der bedrohten Gesellschaftsordnung und zur Durchsetzung ihrer imperialistischen Ziele geeignet waren (von gewissen Risiken, die der Faschismus auch für die herrschende Klasse enthielt, einmal abgesehen.)

IX. Wie das reale politische Verhalten der Massen zeigt, waren Bewußtseinsformen und Fähigkeiten zur Bewältigung der Realität sehr unterschiedlich entwickelt. Dabei ist deutlich zu erkennen, daß es sich nicht hauptsächlich um individuelle Unterschiede handelt, die aus den je einmaligen Bedingungen der Sozialisation und Individuation hervorgingen, sondern um soziale Unterschiede, um Unterschiede zwischen verschiedenen sozialen Schichten und Gruppen innerhalb der sozialen Klasse, die von Arbeitslosigkeit betroffen war: der Lohnabhängigen. Grob gesagt, entschieden sich die Angestellten in weit stärkerem Maße für den Faschismus als die Arbeiter; und innerhalb der Arbeiter erwiesen sich jene Gruppen als relativ anfällig für faschistische Propaganda, die keine Bindung an die Organisationen der Arbeiterbewegung besaßen — sei es aus Gründen der Regionalstruktur, der Arbeitsplatzstruktur, der Qualifikation oder des Alters: also Arbeiter im agrarischen Bereich, in Kleinbetrieben auf dem Lande und in kleinen Städten, unqualifizierte Arbeiter und Jungarbeiter, die sogleich nach der Schulentlassung arbeitslos geworden waren. Die übrigen Gruppen der Arbeiter hielten in ihrer großen Mehrheit an der SPD fest oder wandten sich der KPD zu. Ein Sonderproblem stellten die Arbeiter und Angestellten mit starker katholischer Bindung dar: Sie veränderten ihr politisches Verhalten auch in der Krise kaum, sondern hielten an den katholischen Parteien (Zentrum und Bayrische Volkspartei) fest. Überzeugende Erklärungen für diese Verhaltensformen gibt es nur in einigen Ansätzen. Es liegt nahe, diese Verhaltensformen aus den konkreten spezifischen Sozialisations- und Arbeitsbedingungen der verschiedenen Gruppen abzuleiten und so — innerhalb der gegebenen Familien- und Gesellschaftsstruktur — gewissermaßen für notwendig und unausweichlich zu erklären. (Solche Tendenzen finden sich z.B. bei den Psychologen, die Freud und Marx zusammenzubringen versuchten, wie W. Reich, Adler usw.) Aber schon ein Blick auf andere hochentwickelte kapitalistische Länder wie Frankreich oder auf andere Pe-

rioden der deutschen Geschichte wie 1918/19 zeigt, daß dies ein Irrtum ist und daß die „Mittelschichten“ keineswegs für den Faschismus determiniert sind, sondern sich auch nach Links entwickeln können. So ist die Frage, weshalb beträchtliche Teile der Bevölkerung, darunter auch Teile der Arbeiter und Angestellten in Deutschland den Faschismus unterstützt, in seiner Ideologie ihre Wünsche und Hoffnungen offenbar wiedererkannt, seinen Versprechungen geglaubt, seine Politik aktiv mitvollzogen und seine „Alternative“ als Lösung ihrer sozialen und psychischen Probleme betrachtet haben, noch nicht befriedigend geklärt. Die kritischen Historiker und Sozialwissenschaftler warten nun begierig darauf, daß die kritischen Psychologen diese Probleme aufgreifen, damit sie gemeinsam einer Lösung nähergebracht werden können.

Frank Deppe

## **Arbeiterbewußtsein und Krise**

### **Anmerkungen zu einem Arbeitsschwerpunkt des 2. Kongresses Kritische Psychologie**

Das kapitalistische System ist seit dem Beginn der siebziger Jahre in eine Entwicklungsperiode eingetreten, die durch schwere Krisenerscheinungen gekennzeichnet ist. Damit ist eine lange Periode der ökonomischen Prosperität und der relativen sozialen, politisch-sozialen Stabilität, die mit dem Beginn der fünfziger Jahre einsetzte, zum Abschluß gekommen.

Das wirtschaftliche Wachstum hat sich erheblich verlangsamt; in den Hauptländern des Kapitalismus (USA, Japan, Frankreich, BRD, Großbritannien, Italien) waren 1973 ca. 13 Millionen Menschen arbeitslos. Diese Zahl hat sich bis in die Gegenwart — trotz einer leichten Belebung des wirtschaftlichen Wachstums — noch weiter erhöht.

Alle systemimmanenten Strategien zur Überwindung der kapitalistischen Krise sind bisher gescheitert. Die Beschleunigung der Kapitalkonzentration verstärkt die monopolistischen Disproportionen im gesamten — nationalen und internationalen — Reproduktionsprozeß. Die Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit durch Rationalisierung und Automatisierung führt zur Erhöhung der Massenarbeitslosigkeit. Die außenwirtschaftliche Expansion stößt an die Grenzen der Selbsterhaltungsinteressen anderer nationaler Kapitale, die sich zu ihrem Schutz mehr und mehr protektionistischer Maßnahmen bedienen. Und schließlich versagt angesichts dieser tiefen Widersprüche die Wirksamkeit des staatlichen Interventions- und Regulierungsinstrumentariums mehr und mehr.

So konzentrieren sich die auf Systemsicherung gerichteten Krisenüberwindungsstrategien immer offener auf Methoden der Intensivierung der Arbeit und der Ausbeutung der Arbeitskraft, auf die Reduktion des Lohnniveaus und der staatlich vermittelten Sozialleistungen und schließlich auf die politische